

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Wie **Jugendliche mit einem Bundestagsstipendium nach Amerika** kommen, wird auf Seite 2 beschrieben. Außerdem wird über die **Eckpunkte des geplanten Gendiagnostikgesetzes** informiert.

In seinem Kommentar auf Seite 2 beschäftigt sich Rolf Schwanitz mit dem **Urteil zur Kreisfreiheit Plauens**.

"**Endstation Rechts**" gibt es jetzt auch in Sachsen. Mehr auf Seite 3. Daneben sind hier der **Kommunalwahlkampf** und die **Einrichtung von Pflegestützpunkten im Vogtland** Thema.

Auf Seite 4 geht es um Gesundheitsthemen. Wie kann man **Missbräuche bei Schönheits-OP's verhindern**? Darüber hinaus wird über eine **Veranstaltung des VDK zur Gesundheitspolitik** in Plauen berichtet.

Der **Netzschkauer Bürgermeister Werner Müller** wird auf Seite 5 vorgestellt. Und Rolf Schwanitz fordert hier, die **Studie zum Elsterradweg** zügig umzusetzen.

Auf der letzten Seite werden die **Erneuerbaren Energien** thematisiert - selbst von den **frechen Strolchen**. Und natürlich sind auf Seite 6 auch wieder die Termine der nächsten **Bürgersprechstunden** zu finden.

Für ein starkes und demokratisches Europa

Am 24. April hat der Deutsche Bundestag den Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag von Lissabon beschlossen. Mit dem Gesetz werden die neuen vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union (EU) ratifiziert. Der vogtländische SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz hat dem Gesetzentwurf zugestimmt, weil der Vertrag von Lissabon die Position Deutschlands in der EU stärkt, für mehr Demokratie sorgt und den Grundrechtsschutz in Europa ausbaut. So werden ab 2014 die Abstimmungen im Rat der Europäischen Union, dem wichtigsten Entscheidungsorgan der Europäischen Gemeinschaft, nach dem Prinzip der "doppelten Mehrheit" erfolgen. Deutschland erhält dann aufgrund seines hohen Bevölkerungsanteils einen größeren Einfluss auf die Entscheidungen des Rates. Schwanitz sagte: "Damit wird die Position Deutschlands innerhalb der EU deutlich gestärkt. Die Ausweitung der Politikbereiche, in denen mit qualifizierter Mehrheit entschieden wird, schafft zudem eine handlungsfähigere Europäische Union." Der EU-Vertrag von Lissabon stärkt nach Ansicht von Schwanitz zudem die Demokratie in der EU: Das Europäische Parlament wird künftig nicht nur den Kommissionspräsidenten wählen, sondern auch über alle Ausgabenbereiche mitentscheiden. Und die nationalen Parlamente können gegen zu weitgehende EU-Vorhaben klagen und den Übergang von Einstimmigkeits- zu Mehrheitsentscheidungen im Rat der EU blockieren. Außerdem wird erstmals die Möglichkeit eines europäischen Bürgerbegehrens verankert. Die Bürger können damit die europäische Politik in bestimmten Fragen selbst aktiv mitgestalten. Für Schwanitz ist damit auf europäischer Ebene gelungen, was auf nationaler Ebene bislang am Widerstand von CDU/CSU scheitert. Für ihn war aber auch wichtig, dass für das Handeln der EU-Institutionen, insbesondere für ihre Gesetzgebung, jetzt erstmals ein Grundrechtskatalog vorliegt. Sollten sich Bürger durch einen Rechtsakt der EU in ihren in der EU-Grundrechtecharta festgeschriebenen Rechten verletzt fühlen, können sie zukünftig Klage erheben. Der EU-Vertrag enthält zudem einen klaren Auftrag an die EU, der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) beizutreten.



Diskussion über regionale Straßenbauvorhaben



Die Mitglieder des IHK-Verkehrsausschusses mit Rolf Schwanitz

Schwanitz hofft, dass es auch mit anderen Straßenbauprojekten voran geht und dass die Elektrifizierung der Sachsen-Franken-Schienenmagistrale zwischen Reichenbach und dem bayrischen Hof bald realisiert werden kann.

Mitte April traf Rolf Schwanitz mit dem Verkehrsausschuss der IHK Regionalkammer Plauen zusammen, um über regionale Straßenbauvorhaben zu diskutieren. Dabei stand die Ortsumgehung Göltzschtal im Mittelpunkt. Schwanitz hatte sich erst kürzlich erfolgreich dafür eingesetzt, dass ein notwendiger Vermerk des Bundesverkehrsministeriums erteilt wurde. Damit kann nun die Planung für das wichtigste Infrastrukturprojekt des Bundes im Vogtland weiter vorangetrieben werden. Die Verkehrsexperten der IHK dankten Rolf Schwanitz für seinen langjährigen erfolgreichen Einsatz bei der Realisierung wichtiger Straßenbaumaßnahmen in der Region. Die gewerbliche Wirtschaft

hofft, dass es auch mit anderen Straßenbauprojekten voran geht und dass die Elektrifizierung der Sachsen-Franken-Schienenmagistrale zwischen Reichenbach und dem bayrischen Hof bald realisiert werden kann.

Bundeskabinett beschließt Eckpunkte für Gendiagnostikgesetz

Das Bundeskabinett hat Mitte April den Eckpunkten für ein Gendiagnostikgesetz zugestimmt. Zuvor hatten sich die Koalitionsfraktionen darauf verständigt, genetische Untersuchungen bei Menschen gesetzlich zu regeln. So soll das Recht des Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung im Bereich der Gendiagnostik festgeschrieben werden. Dazu gehören sowohl das Recht, die eigenen genetischen Befunde zu kennen als auch das Recht, diese nicht zu kennen. Grundsätzlich sollen genetische Untersuchungen nur durchgeführt werden dürfen, wenn die Betroffenen in die Untersuchung rechtswirksam eingewilligt haben. Zusätzlich zur individuellen Aufklärung soll der Beratung im Rahmen von genetischen Untersuchungen besondere Bedeutung zukommen. Außerdem soll bei



© Michael Bührke/PIXELIO

prädiktiven genetischen Untersuchungen und bei vorgeburtlichen genetischen Untersuchungen eine genetische Beratung obligatorisch werden. Genetische Untersuchungen mit Gesundheitsbezug dürfen zudem nur von Ärzten mit einer entsprechenden Qualifikation veranlasst werden. Bei nicht einwilligungsfähigen Personen müssen genetische Untersuchungen künftig grundsätzlich einen

gesundheitlichen Nutzen für die Person haben. Und im Arbeitsrecht sollen genetische Untersuchungen auf Verlangen des Arbeitgebers grundsätzlich verboten werden. Rolf Schwanitz begrüßte die Eckpunkte und hob hervor, dass "künftig allein die Betroffenen über die Verwendung, Weitergabe, Aufbewahrung oder Vernichtung ihrer genetischen Daten und Proben bestimmen."

Jugendliche mit einem Bundestagsstipendium für ein Jahr in die USA

Auch im nächsten Jahr kann wieder ein vogtländischer Jugendlicher im Rah-



men des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms (PPP) mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages für ein Jahr in die USA reisen. Das PPP wird vom Deutschen Bundestag und dem Amerikanischen Kongress finanziert und soll insbesondere das Interesse der jungen Generation beider Länder für einander wecken sowie das gegenseitige Verständnis fördern. Sowohl Schülern als auch jungen Berufstätigen wird über das PPP ein einjähriger Aufenthalt in den USA ermöglicht. Sie wohnen in Gastfamilien und besuchen eine amerikanische High School bzw. erhalten die Möglichkeit, ein Praktikum in einem Betrieb zu absolvieren und

am Unterricht an einem Community College teilzunehmen. Die Schülerinnen und Schüler müssen zum Zeitpunkt der Ausreise (31.7.2009) zwischen 15 und 17 Jahre alt sein (Geburtsdatum vom 1.8.91 bis 31.7.94). Junge Berufstätige sollten zu diesem Zeitpunkt ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und zwischen 16 und 24 Jahre alt sein (Geburtsdatum vom 1.8.84 bis 31.7.93). Arbeitslose Jugendliche mit abgeschlossener Berufsausbildung können sich ebenfalls bewerben. Das Bewerbungsfaltblatt kann auf der Homepage von Rolf Schwanitz unter www.rolf-schwanitz.de/ppp.html angefordert werden.

Kurz kommentiert

Die Watsche aus Leipzig

Es bleibt ein bitterer Nachgeschmack am Ende des Streits um die Kreisfreiheit von Plauen. Das Urteil aus Leipzig kam schnell und umfassend. Eine juristische Niederlage auf breiter Front. Noch bevor man sich richtig besinnen konnte, waren die gelben Plakate mit dem fordernden „Ja“ im Stadtbild verschwunden. Die Kommentare der Politik klangen fast wie abgestimmt. Natürlich bedauere man das Urteil, aber nun müsse man nach vorn schauen und sich fügen. Ein Werbeblatt meinte gar, so schlecht sei die neue Situation doch gar nicht. Bei solchen Pirouetten wird man nachdenklich. Es hat den Eindruck, als tobte der Kampf um die Kreisfreiheit vor allem so lange so heftig, wie damit Kandidaturen und Wahlkämpfe befördert werden konnten. Wirklich durchgreifende Maßnahmen wurden stillschweigend unterlassen. Die Klage vor Gericht erschien nur noch wie eine letzte, lästige Pflicht. Ihre Begründung erinnerte mehr an einen ans Volk gerichteten Text, als an eine ausgefeilte juristische Streitschrift. Da wundert es nicht, wenn Leipzig mit einstimmiger Ablehnung ohne mündliche Verhandlung reagiert. Sie ist angekommen, die Watsche aus Leipzig. Und sie erzeugt neben dem Schmerz einen bleibenden bitteren Nachgeschmack.

Rolf Schwanitz



Schwanitz übernimmt Schirmherrschaft für "Endstation Rechts" in Sachsen

"Endstation Rechts" heißt die neue Initiative für Sachsen, in der sich Menschen für Demokratie und gegen Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus engagieren. Ziel ist es, über die Tätigkeit der rechtsextremen NPD und ihrer Vorfelddorganisationen in Sachsen aufzuklären. Vorbild ist die erfolgreiche Initiative in Mecklenburg-Vorpommern. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Martin Dulig, übernimmt der vogtländische Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz die Schirmherrschaft der sächsischen Initiative. Auf der Medienplattform www.endstation-rechts-sachsen.de sollen zukünftig von allen Interessierten aktuelle Nachrichten, Informationen und Materialien

veröffentlicht werden, die zum Thema Rechtsextremismus aufklären und die NPD und andere rechtsextremistische Gruppierungen betreffen. Auf der Medienplattform werden zudem Hintergrundberichte, Landtagsdokumente, Videos und viele weitere Materialien zu finden sein. Darüber hinaus wird die Initiative "Endstation Rechts" Film- und Diskussionsabende, Seminare

sowie Projekttag anbieten und sich an Demonstrationen gegen Rechts beteiligen. Noch steht die Initiative am Anfang. Aber es finden immer mehr Berichte und Informationen den Weg zu www.endstation-rechts-sachsen.de. Wer selbst aktiv werden möchte, muss nicht warten. Einfach das Kontaktformular ausfüllen und dabei sein.



Endstation Rechts wird in Dresden vorgestellt

Kurz gemeldet

Rolf Schwanitz fordert: Union soll Blockade gegen Präventionsgesetz aufgeben

Trotz anhaltenden Widerstands gibt das Bundesgesundheitsministerium das seit langem geplante Präventionsgesetz nicht verlor. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit, Rolf Schwanitz, forderte die Union auf, ihre "Blockade" aufzugeben. Dann könne der Gesetzentwurf umgehend ins Kabinett gehen und noch in diesem Jahr verabschiedet werden, sagte er im Gespräch mit der Nachrichtenagentur AP. Ein Präventionsgesetz sei dringend erforderlich, bekräftigte Schwanitz. Er verwies darauf, dass zwei Drittel der Gesamtausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung durch chronische Erkrankungen verursacht würden, die vielfach vermeidbar seien. Der aktuelle Präventionsbericht der Gesetzlichen Krankenversicherung zeige immer noch Defizite. So erreichten die Präventionsmaßnahmen der Krankenkassen nur etwa vier Prozent der rund 70 Millionen gesetzlich Versicherten.

Hilfe aus einer Hand

Was in Bund und Freistaat Sachsen funktioniert, muss doch auch im Vogtland machbar sein. Das muss sich Landrat Dr. Lenk (CDU) gedacht haben, als er zu einer Informationsveranstaltung zum Thema Pflegestützpunkte einlud und den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium Rolf Schwanitz (SPD) als Experten präsentierte. In seinem Vortrag beschrieb Rolf Schwanitz, was es mit diesen Pflegestützpunkten auf sich hat. Die Einrichtung dieser Beratungsstellen ist Teil der Pflegereform, die unlängst von Bundestag und Bundesrat beschlossen wurde. "Das Gesetz stellt sich auf die alternde Gesellschaft ein", so Rolf Schwanitz zu den anwesenden Bürgermeistern, Verwaltungsmitarbeitern und Vertretern der Wohl-

fahrtsverbände des Vogtlandes. Ziel sei es, die Voraussetzungen zu schaffen, dass pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich in ihrem gewohnten häuslichen Umfeld verbleiben können. So sollen künftig Pflegebedürftige und deren Angehörige eine umfassende Beratung und Hilfestellung aus einer Hand erhalten. Kein Betroffener soll mehr von einer Stelle zur nächsten laufen, um alle Anträge zu stellen. Verantwortlich für die Errichtung dieser wohnortnahen Pflegestützpunkte bis zum 1. Januar 2009 sind die Pflege- und Krankenkassen. Auch im Vogtland soll es dann mehrere dieser Einrichtungen geben. Den Anfang macht die Diakonie Plauen, die bereits in diesem Jahr mit einem Pflegestützpunkt in Plauen startet.

SPD beginnt mit Plakatwahlkampf

Mit den drei Themenplakaten "Dem Nachwuchs eine Chance geben", "Sich stark machen für Familien" und "Politik lebt vom Miteinander. Machen Sie mit, gehen Sie zur Wahl!" hat die SPD am Wochenende die erste Plakataktion zu den Kreistagswahlen am 8. Juni 2008 in Plauen gestartet. "Ich setze auf inhaltliche Themen. Deswegen werden wir in den nächsten Wochen viele weitere thematische Plakate im Vogtland hängen", so der SPD-Landratskandi-

dat Lutz Kätzel, der selbst natürlich auch noch als Plakatmotiv in Erscheinung treten wird. Weitere Informationen zu den Kommunalwahlen am 8. Juni 2008 im Vogtland gibt es unter www.wir-im-vogtland.de und www.lutz-kaetzel.de.



Gesundheitsfonds hilft gegen Ärztemangel



Helga Ernst und Rolf Schwanitz im Gespräch

Die Gesundheit ist ungleich verteilt. Kein Geburtstag ohne gute Wünsche zur Gesundheit. Alle wollen alt werden bei bester Gesundheit. Und Vielen gelingt dies dank eines besseren Lebensstandards und medizinischen Fortschritts. Dieser Fortschritt kostet Geld, ist aber auch ein Wirtschaftsfaktor. So prallen in der Gesundheitspolitik regelmäßig die Einzelinteressen der Beteiligten aufeinander.

Fall, zu der der Sozialverband VdK Politiker und Interessenvertreter eingeladen hatte. Prominentester Gast war der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Rolf Schwanitz. Unter Moderation der Vorsitzenden des VdK Vogtland, Helga Ernst, wurden zahlreiche Probleme Betroffener diskutiert. So ging es unter anderem um die Anzahl der Krankenkassen,

ander. Dies war auch Mitte April bei der Podiumsdiskussion im Plauener Rathaus der

die sich seit 1990 von über 1200 auf jetzt 219 reduziert hat. Auf die Frage nach Konzepten gegen den drohenden Ärztemangel verwies Rolf Schwanitz auf den Gesundheitsfonds, mit dem die nötigen Anreize geschaffen werden können. Ebenso zerstreute er Bedenken, dass Versicherte Nachteile wegen der Pleite einer Kasse befürchten müssten. Positiv beurteilte er zudem, dass die über 200.000 Nichtversicherten nun wieder eine Chance auf einen umfassenden Versicherungsschutz haben. Ein Apotheker bestätigte, dass durch die Gesundheitsreform jetzt 11.000 Medikamente von der Zuzahlung befreit seien. Zur Frage der Bevorzugung von Privatpatienten in einzelnen Arztpraxen antwortete Schwanitz: "Es gibt in Deutschland keine Zweiklassenmedizin, aber teilweise einen Zweiklassenservice."

Kurz gemeldet

Bräunig fordert Ausbildung von 350 neuen Polizisten pro Jahr

Im Vogtland hat der Wegfall der Grenzkontrollen statistisch nicht zu einer Zunahme von Kriminalität geführt. "Die gefühlte Sicherheit in der Bevölkerung ist aber eine andere", sagte der sächsische SPD-Landtagsabgeordnete Enrico Bräunig, ehemaliger Bundespolizist aus Klingenthal. Bräunig fordert deshalb, ab 2009 erheblich mehr junge Polizeianwärter als bisher auszubilden. "Aufgrund der offenen Grenzen, von Rechtsextremismus sowie Großinsätzen bei Fußballspielen und Demonstrationen ist unsere Polizei viel stärker gefordert, als das in anderen Bundesländern der Fall ist", so Bräunig. Er plädiert für mindestens 350 neue Polizisten pro Jahr, um die Altersabgänge der nächsten Jahre auszugleichen.

Missbräuche bei Schönheits-OP's verhindern

Ende April fand eine öffentliche Anhörung des Ausschusses für Gesundheit statt. Thema der Anhörung war ein Antrag der Koalitionsfraktionen, der u. a. die bessere Verhinderung von unnötigen Schönheitsoperationen an Kindern und Jugendlichen zum Ziel hat. Als zuständiger Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium nahm auch Rolf

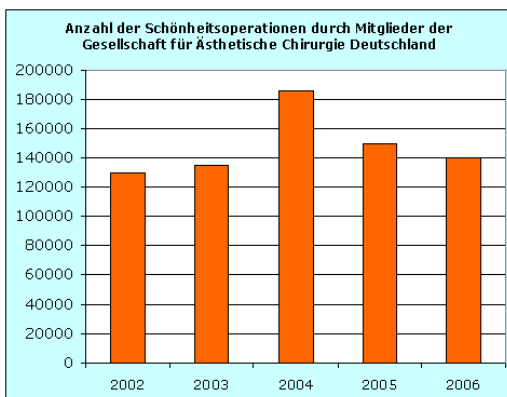
Schwanitz an der Anhörung teil. Zwei Stunden diskutierten die Experten über das Ausmaß von Schönheitsoperationen bei Kindern und Jugendlichen, die Grenze zwischen nötigen und unnötigen Eingriffen und die Möglichkeiten, nicht notwendige Schönheitsoperationen zu verhindern. So lehnt der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte schönheitschirurgische Eingriffe

zur Erfüllung eines Schönheitsideals selbst bei Zustimmung der Eltern ab. Andere Experten betonten dagegen, dass die Grenze zwischen nötigen und unnötigen Eingriffen sehr fließend ist und dies vor jedem Eingriff im Einzelfall vom Facharzt beurteilt werden müsse. Einigkeit bestand darin, dass Schönheitsoperationen bei den Jugendlichen besser geregelt werden sollten. Jeder Arzt sollte sich vor einem Eingriff an einem Jugendlichen mit anderem Fachkollegen beraten. Allgemeine Unterstützung fand das Ziel des Koalitionsantrages, Verbraucher besser vor Missbräuchen bei Schönheitsoperationen zu schützen. Schwanitz hält es für erforderlich, "dass die Überwachungsbehörden der Länder für die Berufsausübung stärker darauf achten, dass nur entsprechend qualifizierte Personen schönheitschirurgische Eingriffe vornehmen."

Veranstaltungstipp:

Göltzschalumgehung

Die regionale Bedeutung der Göltzschalumgehung ist unbestritten. Um die Pläne Wirklichkeit werden zu lassen, sollte für dieses Projekt weiter geworben werden. Aus diesem Grund hat Rolf Schwanitz die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Frau Karin Roth, nach Auerbach eingeladen. Die Veranstaltung findet **am Mittwoch, dem 14. Mai 2008, um 16.00 Uhr im Vereinsheim des Fliegerclubs Auerbach statt**. Neben Karin Roth werden der Plauener IHK-Präsident, Franz Voigt, der Leiter des Straßenbauamtes Plauen, Frank Petzold, und der Auerbacher OB-Kandidat Manfred Deckert zum Thema sprechen.



Studie zum Elsterradweg zügig umsetzen

Ende April unternahm der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz einen Abstecher nach Leipzig und besuchte die Verkehrsplanungsagentur StadtLabor. StadtLabor ist eine junge Agentur für Stadt-, Regional- und Verkehrsplanung, die unlängst eine Machbarkeitsstudie zum Elsterradweg für den Vogtlandkreis erstellte und in der Region präsentiert hat. Schwanitz, der sich seit Jahren für den Ausbau des Elsterradweges einsetzt, wollte es genauer wissen und den beiden Machern von StadtLabor, Fritjof Mothes und Tim Träger, persönlich auf den Zahn fühlen. Das Gespräch ging sofort in die Tiefe und dauerte rund zwei Stunden. Beeindruckt war der Abgeordnete besonders über die Professionalität und De-

tailkenntnis der beiden Radwege-Experten. Schwanitz, der aus seinen Sommer-Radtouren die Strecke bestens kennt und in der Vergangenheit bereits selber viele Vorschläge zum Ausbau gemacht hat, konnte fast allen Vorschlägen von Mothes und Träger vorbehaltlos zustimmen. Die Studie unterbreitet konkrete Um- und Ausbauschläge mit einem Gesamtvolumen von ca. 8 Millionen Euro. Im Ergebnis zeigte sich Schwanitz nach den intensiven Beratungen hoch zufrieden und zollte



Die Weiße Elster im Vogtland

dem StadtLabor Anerkennung und Respekt. "Diese Studie hat sich gelohnt. Zum ersten Mal liegt ein realistischer Gesamtorschlag auf dem Tisch. Die Kommunalpolitiker wissen nun, was noch nötig ist für einen attraktiven Elsterradweg im Vogtland. Das muss jetzt zügig umgesetzt werden!", so Schwanitz am Ende seines Besuches.

Werner Müller will erfolgreiche Arbeit für Netzschkau fortsetzen

Werner Müller ist verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern. Seit 1994 ist er Bürgermeister der Stadt Netzschkau im Vogtland. Bei den Kommunalwahlen am 8. Juni tritt er erneut an, weil er die von ihm begonnene erfolgreiche Arbeit fortsetzen will. Zu seinen Erfolgen zählt er die am 25. April 2008 mit der vollkommenen Neugestaltung des Stadtzentrums/Markt im Kerngebiet abgeschlossene Stadtsanierung. Aber auch der Bau des neuen Feuerwehrdepots für die FFW Netzschkau war wichtig, wurde damit doch ein über 100 Jahre altes Provisorium beseitigt und ein langer Traum der Feuerwehr Netzschkau erfüllt. Und im September 2008 schließlich wird eine der größten Investitionsmaßnahmen der

Stadt, der Bau eines Schulzentrums (Grund- und Mittelschule sowie Sanierung von zwei Turnhallen) zu Ende gebracht. Werner Müller hat trotzdem noch viel vor: So will er ein Begegnungszentrum für Jung und Alt schaffen und die kulturellen und sportlichen Angebote für ältere Bürger erweitern, auch durch bes-



sere Weiterbildungsmöglichkeiten (Seniorenkolleg). Rückwirkend ab 1. Januar 2008 soll ein Betreuungsgeld in Höhe von 100 Euro für jedes Neugeborene eingeführt werden. Dies soll an die Bestätigung der Vorseorgeuntersuchungen in den ersten beiden Lebensjahren des Babys gebunden sein. Vordringlich ist für ihn zudem, die ärztliche Grundversorgung im Territorium zu sichern. Und auf dem Gebiet des Tourismus sind weitere Potenzen an der Göltzschtalbrücke zu erschließen sowie neue Bettenkapazitäten für den Bustourismus zu schaffen. Und nicht zuletzt bieten die noch brachliegenden Industrie- und Gewerbeflächen die große Chance, die Arbeit wieder unmittelbar vor die Haustür der Netzschkauer zu bringen.

Kurz gemeldet

Betriebliche Altersvorsorge für Minijobber

Der Verein "minijobrente e.V." hat ein Vorsorgekonzept für geringfügig Beschäftigte entwickelt. Damit haben jetzt auch Minijobber die Möglichkeit eine eigene betriebliche Altersvorsorge aufzubauen. Statt in Geld, bringen sie Arbeitszeit für ihre betriebliche Altersversorgung auf. Der Arbeitgeber entlohnt diese Arbeit über die Beitragszahlung in eine Direktversicherung der Volksfürsorge. Je nach persönlichen Voraussetzungen entsteht so ein durchaus nennenswerter Anspruch auf eine monatliche Betriebsrente. Diese Altersversorgung ist zudem pfändungs- und Hartz IV-sicher. Beim Arbeitgeberwechsel in einen anderen 400-Euro-Job oder in Vollbeschäftigung werden die erworbenen Rentenanwartschaften mitgenommen. Voraussetzung ist, dass das Arbeitsverhältnis unbefristet und auf Dauer angelegt ist. Weitere Infos gibt es unter www.minijobrente.de

Veranstaltungstipp:

Studieren im Vogtland

Welche Bedeutung hat der Hochschulstandort Vogtland für die Menschen der Region und welche Entwicklungspotentiale stecken noch in diesem?

Diskussion mit Dr. Eva-Maria Stange, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst des Freistaats Sachsen und Prof. Dr. Joachim Müller, Direktor der Berufakademie Plauen.

**Mittwoch, 21. Mai 2008, 17:00 bis 19:00 Uhr
Malzhaus (Malzcafé),
Alter Teich 7-9,
08527 Plauen**

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-2277937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741-134118
Fax: 03741-708486
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

Sie finden mich auch im Internet:

www.rolf-schwanitz.de

Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:

13.5.2008, 14 Uhr, Besuch
des Warwick Framus-Mu-
seum in Markneukirchen

14.5.2008, 16 Uhr, Besuch
Karin Roth in Auerbach

15.5.2008, 11 Uhr, Kon-
gress zu Rechtsextremis-
mus in Europa in Dresden

19.5.2008, 12 Uhr, Konfe-
renz der gesundheitspoliti-
schen Sprecher der SPD in
Wiesbaden

21.5.2008, 15 Uhr, Initia-
tivkreis der Studienakade-
mie Plauen

21.5.2008, 17 Uhr, Veran-
staltung "Studieren im
Vogtland" in Plauen

22.5.2008, 10 Uhr, gesund-
heitspolitisches Forum in
Bad Liebenwerda

Die nächsten Bürger- sprechstunden:

Plauen, Dienstag, den
13.5.2008, 13 bis 15 Uhr,
im Wahlkreisbüro von Rolf
Schwanitz, Freiheitsstr. 13

Klingenthal, Donnerstag,
den 12.6.2008, 14 bis 15
Uhr, im Bürgerbüro Enrico
Bräunig MdL, Kirchstr. 6

EEG – eine rot-grüne Erfolgsgeschichte

Der Einsatz von erneuerbaren Energien ist heute politisch unumstritten. Denn tatsächlich ist die Verwendung von Biogas, Photovoltaik, nachwachsenden Brennstoffen oder Windkraft längst kein Streitthema mehr, sondern nur noch eine Frage der Vernunft. Das war allerdings nicht immer so. Das heute von allen gelobte Erneuerbare Energie Gesetz (EEG) musste in der Zeit von Bundeskanzler Gerhard Schröder hart erkämpft werden. Es wurde von der Parlamentsmehrheit von SPD und Bündnis 90 Die Grünen durchgesetzt gegen Diffamierungen und den massiven Widerstand von CDU/CSU und FDP (Letztere wollen heute davon nichts mehr wissen!). Heute ist der Erfolg des EEG unumstritten. Deutschland ist Weltmeister bei Technologien der erneuerbaren Energien, und das EEG selbst ist ein Exportschlager für andere Länder geworden. Seit dem Jahr 2000 hat Deutschland bei erneuerbaren Energien eine große Erfolgsgeschichte geschrieben, aber Zeit zum Ausruhen haben wir nicht. Erneuerbare Energien sind

mittlerweile zu einem bedeutenden und dynamischen Wirtschaftsfaktor geworden. Der Inlandsumsatz dieser Energien lag im Jahr 2006 bei rund 22,9 Mrd. €. Dies war auch mit einem starken Beschäftigungszuwachs verbunden. In 2006 arbeiteten hierzulande 214.000 Beschäftigte in dieser Branche, 2004 lag die Zahl bei lediglich 57.000. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch liegt in Deutschland gegenwärtig bei 6,7 %. Nach den Zielen unserer Klima-



strategie muss dieser Anteil bis 2020 auf mindestens 20 % steigen. Das fordert engagiertes Handeln in allen Regionen, auch im Vogtland.

Erneuerbare Energie – Wo stehen wir im Vogtland?

Mit dem „Energiekonzept Vogtland“, vorgestellt am 26. April und verfasst von Uwe Hergert, Umweltfachbereich Plauen des Regierungspräsidiums, liegen jetzt erstmalig konkrete Zahlen zum Thema erneuerbare Energien im Vogtland vor. Auch wenn dies noch kein in die Zukunft reichendes Konzept ist, so liefert die Analyse dennoch einen klaren Befund zum gegenwärtigen Stand für unsere Region. Und dieser Befund zeigt Licht und Schatten. Danach hat sich auch im Vogtland der Einstieg in die Nutzung von erneuerbaren Energien vollzogen. In den letzten

Jahren sind hier unter anderem 14 Biogas-, 1894 Solarthermie-, 157 Photovoltaik-, 406 Geothermie- und 11 Windkraftanlagen entstanden. Durch diese Anlagen werden gegenwärtig über 303.000 MWh/a produziert, was einer Wertschöpfung von 27 Mio € entspricht. Dennoch ist das Vogtland bei der Nutzung erneuerbarer Energie im wahrsten Sinne des Wortes noch Entwicklungsland. Der Anteil der erneuerbaren Energie am Energieverbrauch liegt hier gegenwärtig bei 4,1 % und damit über dem Durchschnitt in Sachsen, aber weit hinter dem Bundes-

Freche Strolche



He Maxe, haste scho gehört, de Politiker im Vogtland ham e neies Thema entdeckt.

Was'n für e neies Thema Moritz?

Du interessierst dich awer och für garnischt Maxe. Alles im Vogtland red itze nur noch von der erneierbare Energie.

Un wer red alles üwer des Zeisch, Moritz?

Na der Landrat, der Schwanitz un sogar der Günther von der FDP. Stell dir ma vor Maxe, der Günther hat sich itze wesch'n's Biogas sogar im Kuhstall fotografieren lasse!

Der Günther? Awer die FDP hat doch im Bundestag immer geschn de erneierbare Energie gestimmt Moritz!

Das stimmt Maxe. Awer des willer heide nimmer wissn. Nu isser hinnerm Ökostrom her wie de Maus hinnerm Speck.

Un wie kimmt das Moritz?

Na weil er gemerkt haat, dass mer da dermit richtiges Geld verdiene ka, Maxe!

Un in de Zeidung kimmt, Moritz.

Da haste aach widder Recht!

durchschnitt (6,7 %) zurück. Wenn diese Entwicklung so langsam weiterverläuft, kämen wir im Vogtland in Jahre 2020 lediglich auf einen EE-Anteil von knapp 11 % und würden das nationale Ziel (20 %) um Längen verfehlen. Der Vogtlandkreis muss die Nutzung erneuerbarer Energie deshalb mit neuer Priorität auf die Tagesordnung setzen. Der Einsatz von erneuerbaren Energien muss zur wichtigsten Standortfrage werden.